Beschluss Flächendeckende Gesundheitsversorgung sichern – die Zukunft braucht neue Ideen!

Gremium:	Landesdelegiertenrat
Beschlussdatum:	07.03.2020
Tagesordnungspunkt:	4. Schwerpunkt: Flächendeckende Gesundheitsversorgung sichern

Antragstext

Beschluss des LDR vom 07.03.2020

Das Versprechen gleichwertiger Lebensverhältnisse in unserem Land ist im Bereich der Versorgung mit Gesundheitsdienstleistungen eine große Aufgabe.

Wir erleben im Moment in Sachsen-Anhalt große Sorge um die Hausarztdichte, regional unterschiedlich einen Mangel an verfügbaren Pflegeplätzen und ambulanten Pflegedienstleistern und eine ausgewachsene Klinikkrise. Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ist klar – wenn wir die Versorgung der Menschen im Land auch unter den Bedingungen des demografischen Wandels dauerhaft sichern wollen, brauchen wir neue Ideen und kluge Antworten auf diese Herausforderung.

Für folgende Vorhaben setzen wir uns deshalb ein:

1. Als Reaktion auf die im Moment krisenhaft erscheinende Situation der Krankenhäuser im Land soll die Landesregierung unverzüglich einen Klinikgipfel einberufen. Hier sollen alle Akteure – Träger, Kostenträger, Patient*innenvertreter*innen, Pflegevertreter*innen, Landkreise, politisch Verantwortliche – die aktuelle Situation der Kliniken in Sachsen-Anhalt evaluieren, Sofortmaßnahmen vorschlagen und strategische Vorschläge entwickeln.

2. Die 47 heutigen Krankenhausstandorte in Sachsen-Anhalt sollen als Standorte für die Gesundheitsversorgung grundsätzlich erhalten bleiben. Sie sichern Erreichbarkeit im ganzen Land.

   Bereiche wie allgemeine internistische Behandlung, allgemeine Pädiatrie, einfache Notfallversorgung und Geburtshilfe sind für uns als Basisversorgung für Alle schnell erreichbar notwendig. Dabei wird nicht mehr jedes Klinikum als Vollversorger fungieren können. Gerade der Abbau lukrativer Spezialabteilungen wird jedoch den Betrieb von Krankenhäusern unrentabel machen. Es ist Aufgabe von Politik dort trotzdem die Versorgung zu sichern. Wir schlagen vor, dafür neue Wege zu gehen und in Verhandlung mit den Kostenträgern und wo nötig als Modellprojekte neue Versorgungsformen zu erproben und zu installieren.
   - Sektorübergreifende Kooperation (ambulant/stationär) kann einerseits in kleinen Abteilungen ärztliches Fachpersonal sichern, andererseits dem ambulanten Facharztmangel sinnvoll etwas entgegen setzen.

   - Kooperation mit Pflegeeinrichtungen kann in Verbindung mit angestellten Ärzten gerade in der Basisversorgung sinnvoll sein. Dieser Gedanke ist vor allem vor dem Hintergrund des neuen Berufsbildes in der Pflege (generalistische Ausbildung) zukunftsweisend.

- Portalkliniken können die Erst- und Notversorgung in der Fläche sichern. In Kooperation z.B. mit Pflegeeinrichtungen (Kurzzeitliegeplätze) wären in einfachen Fällen Verlegungen in größere Häuser sogar unnötig. Portalkliniken können ihr Potential nur ausspielen, wenn die Kooperation zwischen den Krankenhäusern ausgebaut und die Digitalisierung vorangetrieben wird.

- Die Digitalisierung im Gesundheitsbereich bietet viele Chancen für eine bessere Verzahnung der Leistungen, für kollegialen Austausch und bessere Erreichbarkeit für die Patient*innen. Daher braucht es im Land eine zentrale Schnittstelle für die Weiterentwicklung der Digitalisierung im Gesundheitsbereich. Wir wollen die Einrichtung einer landesweite Stelle, die Aktivitäten bündelt, Modellprojekte anstößt und begleitet und entsprechende technische Kompetenzen aufbaut, um Akteure im Feld zu beraten.

- Der „Hebammengeleite Kreissaal“ ist ein Modell um Geburtshilfe einerseits durch höhere Attraktivität des Hebammenberufes und andererseits durch anderen Personaleinsatz zu sichern. Dieses Modell soll ausgeweitet werden und flächendeckend zum Einsatz kommen.

- Beim Wegfall von Spezialbehandlungsplätzen und notwendigen längeren Rettungs- und Transportwege ist regelmäßig eine Anpassung und Fortschreibung der Bedarfsplanung im Bereich des luftgebundenen Rettungsdienstes notwendig.

3. Das Land Sachsen-Anhalt muss zukünftig seiner Verpflichtung zur Investitionsfinanzierung in den Kliniken nachkommen. Auch die jahrelange Unterfinanzierung hat zur strukturellen Destabilisierung der Kliniken im Land beigetragen. Die Kompensierung aus der Krankenhausfinanzierung der Träger wird zukünftig schwerer, da seit Beginn des Jahres die Personalmittel, jahrelang geplanter Puffer, nicht mehr pauschal in den Abrechnungspauschalen (DRGs) sondern konkret gezahlt werden. Zudem fällt es Kliniken zunehmend schwer, Investitionen kreditfinanziert zu realisieren.

   Zudem fordern wir die Bundesregierung zu einer Reform des Systems der Krankenhausfinanzierung auf. Das DRG-System schwächt kleine Standorte mit Grundversorgung vor allem im ländlichen Raum und im Zwei-Säulen-Modell sind gerade für strukturschwächere Länder notwendige Investitionen schwer zu finanzieren.

4. Wir wollen, dass ältere Menschen möglichst lange in ihrem Zuhause wohnen und leben können. Dafür wollen wir die Pflege im Quartier weiter stärken. Das neu geschaffene Beratungsangebot für die Kommunen zur Quartiersentwicklung begrüßen wir. Wohnortnahe dezentrale Pflegesettings sind mit einem Landesaktionsplan zu untersetzen und zu befördern. Damit beugen wir Pflegebedürftigkeit, unnötigen Krankenhausaufenthalten und erzwungenen Heimaufenthalten vor. Um Heimeinweisungen nach Krankenhausaufenthalten zu reduzieren wollen wir die Tagespflege für

Kliniken öffnen. So kann der Übergang vom Krankenhaus in ein Pflegesetting mit mehr Ruhe und Selbstbestimmung geplant werden.

5. BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt stehen solidarisch an der Seite der streikenden Beschäftigten bei AMEOS. Wir fordern die Landesregierung auf, in jeder geeigneten Form darauf hinzuwirken, dass der Klinikkonzern soziale und arbeitsrechtliche Standards einhält.

6. Wir erwarten vom Land Sachsen-Anhalt, dass es alles unternimmt, die Landkreise in Wahrnehmung ihrer Aufgabe in der Sicherstellung der Gesundheitsversorgung bei Seite zu stehen. Dazu gehört auch, gemeinsam Wege zu finden, kommunale Kliniken zu sichern, wo sie in Schieflage geraten. Das bedeutet auch, Landkreise bei Überlegungen zur Rekommunalisierung von Kliniken zu unterstützen.

   Wir stehen zur Trägervielfalt in der Gesundheitsversorgung – Grundprinzip muss aber sein, dass kein Geld aus den Kliniken zu anderen Zwecken abgeführt wird. Jeder Euro, der aus Land, Bund und den Krankenkassen für die Gesundheitsversorgung fließt, muss auch für Gesundheitsversorgung ausgegeben werden.

   Wir unterstützen Kooperation und Trägerverbünde.

Für BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN Sachsen-Anhalt ist die Sicherung der medizinischen Versorgung im gesamten Land eine der zentralen gesundheitspolitischen Aufgaben unserer Zeit. Nur mit einer funktionierenden Gesundheitsversorgung bleibt Sachsen-Anhalt auch im ländlichen Raum lebenswert.